KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 275 - 30. Jahrgang
SEPTEMBER 2022
Spendenbeitrag 50 Cent

EVA TRITT AN

Gut gefüllt war der kleine Saal der Stadthalle Rostock, als der Kreisvorsitzende Karsten Kolbe die 133 anwesenden Mitglieder auf die anstehende OB-Wahl einstimmte. Nachdem der Amtsinhaber Claus Ruhe Madsen „sang- und klanglos über Nacht“ verschwunden sei, müsse es nun die Aufgabe auch von unserer Kandidatin sein, das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Demokratie wieder zu beleben. Gelingen könne dies mit unserer Kandidatin Eva, die in Rostock bekannt und fest verankert sei, kompetent, verlässlich und in der Lage, Stadtgesellschaft, Bürgerschaft und Verwaltung zusammenzuführen.

Eva bezeichnete ihre Vorstellungsrede zugleich als Grundstein ihrer künftigen Arbeit im Rathaus. Vertrauen sei verloren gegangen, es habe Übermut statt Sachlichkeit gegeben. Und wir als LINKE hatten Recht mit unserer Kritik am Agieren des OB. Wir kennen Rostock, auf uns kann man sich verlassen, uns kann man vertrauen.

Inspiration für ihre politische Arbeit findet Eva auch in ihrer eigenen Vergangenheit. 22 Jahre Leben in der „Platte“ seien für sie prägend gewesen. Sie wisse, dass die Lebensrealität der Menschen durch andere Themen geprägt sei, als die, die oft in der politischen Debatte breiten Raum einnehmen. Als Negativbeispiele nannte sie die Fahrradstraße Lange Straße und die Sommerstraße Am Brink. Als ihre erste Selbstverpflichtung sieht Eva, das Augenmerk verstärkt auf jene Stadtteile zu legen, die wir liebevoll „die Platte“ nennen.

Kinderhorte für Schmarl und Groß Klein, neue Lüftungstechniken für sanierte öffentliche Schulen – zwei Punkte, die Eva im Amt schnell anpacken will. In Bebauungsplänen solle künftig immer Platz für Sport, Kultur und Bildung freigehalten werden. Apropos Kultur: Eva will als OB eine sehr gute Kultursenatorin sein. Der Theaterneubau sei **das** Großprojekt der Stadt; das Theater werde unsere Perle, auf die wir stolz sein können.

Fortsetzung auf S. 3

MITGLIEDERENTSCHEID

Im September sollen die Mitglieder der LINKEN entscheiden, ob wir die Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ins Parteiprogramm übernehmen. Diesen Mitgliederentscheid hatte die BAG Grundeinkommen per Unterschriftensammlung möglich gemacht – ein Novum. Der Parteivorstand und wohl viele andere hätten die Haltung der Partei zum Thema lieber weiter offen gehalten. Eines ist nämlich klar: Das Thema polarisiert, Kompromisse sind kaum denkbar. Aber vielleicht ist es ganz gut, wenn sich DIE LINKE mal entscheidet?

Am 27.8. fand in Dierkow eine Veranstaltung des Landesvorstandes zum Thema statt. Susanne Wiest vom Netzwerk Grundeinkommen und Ralf Krämer von der BAG Betrieb & Gewerkschaft erläuterten ihre Sicht auf das BGE.

Frau Wiest argumentierte stark aus persönlicher Sicht, stellte die Vorteile für das (geknechtete) Individuum in den Vordergrund. Würde sie aufhören zu arbeiten, wenn ihr der Staat zuverlässig monatlich einen Betrag überweist? Nein, sie würde aber entspannter, ohne Angst vor Arbeitsunfähigkeit etc. arbeiten. Mit dem BGE im Rücken könnten sich Menschen unethischer Arbeit (z.B. in der Rüstungsindustrie) verweigern. Garantiert uns denn nicht das Grundgesetz Gewissensfreiheit? Die Menschen könnten sich Zeit nehmen für Weiterbildung oder eine neue Ausbildung. Das BGE revolutioniert das Sozialsystem. *Fortsetzung auf S. 3*

In dieser Ausgabe

Seite 2: Schulstart
Seite 3: OB-Wahl
Seite 3: Grundloses Einkommen
Seite 4/5: Lichtenhagen 1992
Seite 6/7: Ina Latendorf vor Ort
Seite 7: Übergewinnsteuer
Seite 8/9: Aus der Bürgerschaft
Seite 10/11: Aus dem Landtag
Seite 11: Termine / Lyrik
Seite 12: Aus dem Landkreis

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
sind wir nicht alle ein bisschen lethargisch geworden in letzter Zeit? Die Sorgen vor der Zukunft erdrücken uns, Besserung scheint nicht in Sicht, und unsere Partei, naja. Und dann flüchtet Rostocks OB in den Westen und hinterlässt einen Stapel an Problemen. Ein Tor öffnet sich für uns, wir müssen nur noch hindurch schreiten. Macht Ihr mit? Unterstützt Eva, wo Ihr könnt. Im Wahlkampf, in Gesprächen und vielleicht auch mit ein paar Euro. Auch wenn's vielleicht schwerfällt in diesen Zeiten. Aber Ihr wisst ja, so eine Wahlkampagne ist teuer. Der Chefsessel im Rathaus soll doch nicht wieder an den Meistbietenden gehen!
Im September erhaltet Ihr Post aus der Parteizentrale. Eure Meinung zum Bedingungslosen Grundeinkommen ist gefragt. Ihr habt keine Meinung? Vielleicht ist unser kurzer Beitrag zu einer Veranstaltung in Dierkow ein Anreiz, sich mehr mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ich habe mich entschieden.
Auch eine Übergewinnsteuer würde übrigens nicht reichen, um ein Bedingungsloses Grundeinkommen zu finanzieren. Aber sie kann helfen, die größte soziale Krise seit langer Zeit abzumildern. Geht nicht, hieß es schnell aus neoliberalen Kreisen. Geht doch, konnte DIE LINKE dank einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung beweisen (Seite 7).
Auch über das Erinnern an Lichtenhagen 92 berichten wir in dieser Ausgabe. Was soll das noch nach 30 Jahren, fragen wohl die meisten Menschen in Rostock. Weil es wieder geschehen kann, müssen wir sagen. Geschichte wiederholt sich nicht, sagt man, aber die latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung kann jederzeit wieder in Gewalt münden, erst Recht, wenn die Gesellschaft in Aufruhr ist. Das hat die Geschichte bewiesen. Deshalb ist Erinnern so wichtig.
Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Euch die Redaktion. *C. Penzlin*

AKTUELLES

Auch nach Energiegipfel: Wir kämpfen weiter für Übergewinnsteuer

Zu den Ergebnissen des gestrigen Energiegipfels des Landes erklären die Landesvorsitzenden der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, Vanessa Müller und Peter Ritter:
Der Härtefallfonds des Landes ist ein wichtiges Signal. Ihn reflexartig als PR-Gag zu bezeichnen, wie es Die Grünen tun, ist zynisch gegenüber den Betroffenen. Notwendig und deshalb unbedingt zu unterstützen ist der Energiepreisdeckel, ebenso die Wohngeldreform.
Die Forderung nach Aussetzung der Schuldenbremse ist ein wichtiges politisches Signal in der Krise. Endlich soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Das begrüßen wir ausdrücklich, um die bundespolitische Versäumnisse der letzten 16 Jahre in diesem Bereich abzubauen. Die Forderungen der CDU nach längerer Atomenergienutzung nehmen wir nur kopfschüttelnd zur Kenntnis.
Enttäuschend ist für uns die Diffamierung der Übergewinnsteuer als „Kampfbegriff" und sie mit dieser Begründung „abzuwählen". Das ist einfach unsachlich. Das Streichen dieses Punktes lediglich mit Bedauern zur Kenntnis zu nehmen, reicht daher nicht aus. DIE LINKE wird daher weiter und intensiver um Zustimmung für ihre am Wochenende gestartete Petition „Ja zur Übergewinnsteuer! Nein zur Gasumlage! Lasten gerecht verteilen!" werben.

AKTUELLES

Allen Beteiligten einen guten Schulstart unter normalen Bedingungen!

Zum Beginn des neuen Schuljahrs erklärt die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler:
„(...) In den zurückliegenden zweieinhalb Jahren haben die Schülerinnen und Schüler unter den Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie besonders gelitten. Schulschließungen und Homeschooling haben zu physischen und psychischen Belastungen und Problemen geführt, aber auch zum Teil erhebliche Bildungslücken mit sich gebracht. Es muss deshalb oberste Priorität haben, die Schulen und Kitas offenzuhalten. Da Corona noch nicht vorbei ist, steht auch der Bund in der Pflicht, in Abstimmung mit den Ländern für einen sicheren Schulbetrieb zu sorgen. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich das kluge Phasenmodell bewährt. Wenn erforderlich, wird auch künftig nach diesem Handlungsrahmen verfahren.
Auch bei der sich zuspitzenden Energie- und Wärmekrise dürfen Kindergärten und Schulen nicht die Leidtragenden sein. Schließungen der Einrichtungen mangels Heizkapazitäten müssen unbedingt vermieden werden. Sonst hätten erneut Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien das Nachsehen. Die Folge wäre eine weitere Verschärfung sozialer und bildungspolitischer Ungerechtigkeiten. Das kann niemand wollen. Deshalb unterstützen wir alle Anstrengungen, in enger Abstimmung mit den Interessenvertretern von Schülern, Lehrkräften und Eltern, genau dies zu verhindern.
Fast 700 neue Lehrerinnen und Lehrer für Mecklenburg-Vorpommern – das gab es zuletzt 2015. Rot-rot leitet damit eine Trendwende ein und beendet eine über sieben Jahre dauernde Durststrecke für Schülerinnen und Schüler, Eltern und natürlich auch die Schulen. Der Weg ist jetzt frei für eine dauerhafte Verbesserung der Unterrichtsversorgung und weniger Unterrichtsausfall an den Schulen. Wirkung zeigt auch die neue Seiteneinstiegsverordnung, die vom Bildungsministerium noch vor der Sommerpause ins Werk gesetzt wurde. Auch dank ihr haben von den 225 neu eingestellten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern 80 Prozent grundlegende pädagogische Qualifizierung bereits durchlaufen oder sind noch in der Qualifizierung. Als wahres Erfolgsmodell zeigt sich auch das Verfahren der Übernahme ohne Ausschreibung, bei dem die Referendarinnen und Referendare nach bestandenem zweitem Staatsexamen nahtlos in den Schuldienst übernommen werden. So konnten 221 junge, grundständig ausgebildete Lehrkräfte eingestellt und im Land gehalten werden.

OB-WAHL IN ROSTOCK

Fortsetzung von S. 1

Die neue Rathauschefin muss auch Partnerin der Wirtschaft sein. Zwei Dinge hob Eva hervor: Ihr liegt die Entwicklung des Hafens am Herzen, inklusive Hafenerweiterung. Die Innenstadt möchte Eva beleben und Prozesse für einen lebendigen Stadtkern anstoßen.

Der Budenzauber sei vorbei, verkündete Eva. Jetzt werde gearbeitet und geliefert, der riesige Stapel an Aufgaben solle kleiner werden. Das Amt der Oberbürgermeisterin werde keine Bühne für Selbstdarstellung mehr sein, Rostock kein politisches Testlabor. Für ihre Politik will Eva im Wahlkampf in zahlreichen Haustürgesprächen werben. Dabei kann sie auf die Unterstützung ihres Kreisverbandes zählen, wie ihr Wahlergebnis von 96 % zeigt.

Und die Konkurrenz? CDU und FDP versuchen es wieder mit einem Parteilosen: Michael Ebert, Polizist. Kommunalpolitische Erfahrung: Null. Gleiches lässt sich über die Erfahrung der SPD-Kandidatin sagen. Sie hat in der Landesverwaltung Karriere gemacht. Die Grünen schicken die Bundestagsabgeordnete Claudia Müller ins Rennen. Berührungspunkte mit der Rostocker Stadtpolitik hatte sie bisher keine. Beste Chancen also für Eva.

Geballte Ost-Power: Tobias Bank, Eva-Maria Kröger, Vanessa Müller und Dietmar Bartsch

Wo, wenn nicht in der Kommunalpolitik, feiert DIE LINKE noch Erfolge? Darauf wies unser Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch hin. Ein Sieg könne der ganzen Partei Aufwind verleihen. Darauf spielte auch unser Gast Tobias Bank an, der neue Bundesgeschäftsführer der Partei und selber leidenschaftlicher Kommunalpolitiker. Mit einem klaren Ziel vor Augen und solidarisch an einem Strang ziehend, so könnten wir es schaffen. „Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?“, zitierte Dietmar aus einem Rio-Reiser-Song.

Auf geht’s! *Text: Carsten Penzlin*

Eva in Reutershagen

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Fortsetzung von S. 1

Es ist kein Antrag nötig, den viele als entwürdigend empfinden.

Frau Wiest fordert von der Partei DIE LINKE Mut zu etwas völlig Neuem, auch wenn die Einführung des BGE wohl nicht in einem Schritt, sondern in Teilschritten erfolgen wird (z.B. mit der Einführung einer Kindergrundsicherung).

Genosse Ralf Krämer hingegen hält die Idee des BGE für abenteuerlich und auch für die Partei gefährlich. Sorgt nicht der von der LINKEN vorgeschlagene Umbau des Sozialstaates dafür, dass niemand in Armut fallen muss? Ist nicht eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Bedürftige besser als ein BGE, das an Alle ausgezahlt wird, also auch an die 70 von 83 Millionen Bundesbürgern, die es eigentlich nicht bräuchten? Sind nicht die Bedürfnisse der Menschen – z.B. bei Krankheit – so unterschiedlich, dass eine pauschale Zahlung ungerecht wäre? Wird es noch einen Mindestlohn geben, wenn doch das BGE ausreicht!

Mit dem Hinweis auf die Finanzierung legte Ralf den Finger ganz tief in die Wunde. Ein BGE würde mehr kosten, als der Staat bislang insgesamt ausgibt. Wir müssten massiv Steuern und Abgaben erhöhen, was bei den Erwerbstätigen zu Einkommensverlusten führen würde.

Nicht einmal dreißig Genoss*innen nahmen an der Veranstaltung teil, die als Präsenz- und Onlineveranstaltung angeboten wurde. Man darf gespannt sein, wie sich das offenkundige Desinteresse am Thema auf den Mitgliederentscheid auswirken wird. Mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft muss sich beteiligen. Informiert Euch! Das Argument, das BGE sei völlig weltfremd, sollte mit Blick auf unser Programm übrigens nicht entscheidend sein.

Text: Carsten Penzlin / Fotos: Björn Griese

ERINNERN HEISST VERÄNDERN

30 Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gingen am 27. August etwa 3000 Menschen auf die Straße, um an die damaligen Ereignisse zu erinnern. Betroffene von damals kamen während des Marsches durch Lichtenhagen und Lütten Klein zu Wort und appellierten an die Teilnehmer, alles zu unternehmen, damit es nie wieder Gewalt gegen Zugewanderte und Schutzsuchende geben wird. Etwa 30 Mitglieder der Partei DIE LINKE nahmen an dem Demozug teil, zu dem Menschen aus ganz Deutschland angereist waren.

Ist es richtig, den Ereignissen von vor 30 Jahren heute noch einen großen Stellenwert zu verleihen? Ja, denn niemand soll glauben, dass sich diese Gewalt nicht wiederholen kann. Rassismus und Gewalt gegen Fremde sind in Deutschland immer noch trauriger Alltag. Das Pogrom von Lichtenhagen fand vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Umbruchs statt, in dem sich viele Menschen radikalisierten. Erleben wir nicht heute etwas Ähnliches? Bleiben wir vernünftig und wachsam!

Kontinuität von Rassismus und rechtem Terror durchbrechen

Zum 30. Jahrestag der rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Noetzel:

„Die rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen waren kein Einzelfall. Wegen ihres Ausmaßes und ihrer Dynamik sind sie jedoch zum Symbol nationalistischer Feindseligkeiten im wiedervereinigten Deutschland geworden. Vor und während der über Tage anhaltenden Pogrome nahmen Teile der Behörden und der Medien eine unheilvolle Rolle ein. Sie heizten die Stimmung an und ließen die rechten Gewalttäter und tausende Beifallklatscher gewähren.

In Folge der Pogrome war es eine Mehrheit des Deutschen Bundestags, die das Recht auf Asyl de facto abschaffte. Diese unbegreifliche Täter-Opfer-Umkehr und inhumane Verkennung der Ursachen der rassistischen Gewalttaten besitzt bis heute Rechtsgültigkeit. Das Signal, welches die Politik damit an den rassistischen Mob aussendete, ist verheerend: ‚Ihr jagt Menschen und trachtet ihnen nach dem Leben, zündet Häuser an und wir erfüllen euch euren Willen.‘ Das darf sich nicht wiederholen. Die Politik darf sich niemals wieder von den Gewalttätern am rechten Rand treiben lassen. Solidarität und humanistische Grundwerte dürfen nicht auf Druck der Feinde der Demokratie geopfert werden.

Die Pogrome und Mordanschläge von Solingen, Mölln, Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen läuteten für alle von Rassismus betroffenen Menschen ein gewalt- und leidvolles Jahrzehnt ein. Einschüchterungen, Angst, Traumata sind keine leeren Worthülsen für all jene, die nicht ins Weltbild der Neonazis passen. Diese ‚Baseballschlägerjahre‘ prägten auch zugleich die sogenannte Generation Terror, deren mörderischen Ausläufer bis heute zu spüren sind. Sowohl das NSU-Netzwerk als auch der neonazistische Mörder von Walter Lübcke begannen in dieser Zeit ihren Weg von dumpfer Straßengewalt hin zum organisierten Rechtsterrorismus. Menschenfeindlichkeit, Rassismus und rechter Terror haben eine bittere Kontinuität, die zwingend durchbrochen werden muss.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu rechten Terrorstrukturen im Bundesland beginnt aus diesem Grund seine Untersuchungen im Jahr 1992 – dem Jahr der rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen. Die Aufarbeitung des NSU-Komplexes ist noch lange nicht beendet. Ein Großteil des rechtsterroristischen Netzwerks liegt noch im Dunkeln, unzählige braune Puzzleteile sind noch nicht zusammengefügt, zu viele Fragen sind bislang unbeantwortet. Ab kommenden Montag wird der PUA mit dem Beginn öffentlichen Zeugenvernehmungen nach Antworten suchen. Hierbei sollen zunächst die Raubüberfälle des NSU auf eine Sparkasse in Stralsund im Zentrum der Untersuchungen stehen.“

Erinnern heißt kämpfen

*Redebeitrag auf einer Kundgebung der Initiative Pro Bleiberecht („Erinnern heißt kämpfen“) zur Erinnerung an die Aktivitäten jüdischer Aktivist*innen in Rostock im Herbst 1992*

Herzlichen Dank dafür, dass ich als Vertreter der Rostocker VVN-BdA heute hier sprechen darf. Die VVN-BdA besteht seit 1947; ihr Ziel war und ist es, an die Verbrechen der Nazis zu erinnern und alle Tendenzen von Neofaschismus und Rassismus in der Gesellschaft zu bekämpfen. Dazu gehört neben dem Kampf gegen Antisemitismus auch der Kampf gegen rassistische Vorurteile gegenüber den Sinti und Roma.

Ich bin in den 90er Jahren in Rostock aufgewachsen, damals war die abwertende Sicht auf diese Bevölkerungsgruppe Alltag in der Stadt, aber auch 30 Jahre danach werden die rassistischen Hintergründe des Pogroms von Lichtenhagen weiter relativiert. Deshalb ist es so wichtig, dass die 1992 am Rathaus angebrachte Tafel an diese Zusammenhänge erinnert.

Damals hing die Tafel ja nur kurze Zeit, 20 Jahre später begaben sich die VVN-BdA und die Fraktion der Linken im Rathaus auf Spurensuche: Wo war die Tafel geblieben? Recherchen ergaben, dass die Tafel im Büro des Präsidenten der Bürgerschaft gelandet war; dort wurde sie nun aber nicht

gefunden, stattdessen wurde auf das Archiv verwiesen, aber auch dort keine Spur. Mittlerweile weiß man, dass sie im Kulturhistorischen Museum eingelagert ist.
Aber der Platz an der Rathauswand blieb lange leer. Für Rostocker Antifaschist*innen war klar: Das kann nicht sein, da müssen wir aktiv werden. Es wurde also eine Re-

plik angefertigt und vor 20 Jahren angebracht, allerdings nicht am Haupteingang wie 1992, sondern am Seiteneingang. Das Anbringen der Gedenktafel wurde von über 1000 Kundgebungsteilnehmer*innen lautstark begrüßt und beklatscht, berichtete die Presse.
Die Stimmung in Rostocker Stadtparlament war eine andere, dort überwog die Ablehnung, insbesondere wegen des Textes auf der Tafel. Auf der Tafel wird nicht zufällig zugleich der Millionen Juden, Sinti und Roma gedacht, die dem Völkermord der Nationalsozialisten zum Opfer fielen; es wird ganz bewusst eine Linie von Auschwitz bis Lichtenhagen gezogen. Aber man kann doch Auschwitz nicht mit Lichtenhagen vergleichen, empörten sich viele in der Stadtpolitik. Doch das geht; aus den Reihen der VVN-BdA wurde damals argumentiert, dass doch nicht wir als Tätervolk darüber bestimmen dürfen, was die Hinterbliebenen der durch die Nazis gequälten und vernichteten Sinti und Roma denken und fühlen sollen, wenn sie ein brennendes Haus in Lichtenhagen sehen.
Wir haben es vor allem dem damaligen Oberbürgermeister Roland Methling zu verdanken, dass die Tafel hängen blieb: „Das Anbringen der Tafel ist seit 1992 längst überfällig", sagte er. Er machte quasi von seinem Hausrecht Gebrauch, auch wenn eine große Mehrheit der Bürgerschaft dagegen war. Nur wenige Tage später forderte die NPD in einem Antrag an die Rostocker Bürgerschaft, die Tafel unverzüglich wieder zu entfernen, weil der Text der Tafel die wahren Umstände von 1992 außer Acht lasse. Diese wahren Umstände waren aus Sicht der NPD das Verhalten der Roma und das Versagen der Behörden. Eine Sicht, die heute noch weit verbreitet ist. Aus Sicht der NPD sollte die Tafel den Schuldkult der Deutschen pflegen.
Zunächst wurde die frisch angebrachte Gedenktafel rund um die Uhr von einer Polizeistreife bewacht; im Dezember 2012 verschwand die Tafel spurlos, an ihrer Stelle klebte ein Schild mit der Aufschrift „Für immer Deutschland!". Schnell wurde die Tafel ersetzt. „Wir wollen es nicht zur Tradition machen, alle paar Wochen hier eine neue Tafel anzubringen", sagte damals ein Vertreter der VVN-BdA. Im August 2019 wurde die Tafel wieder entfernt, der Täter jedoch gefasst und die Tafel wieder am Rathaus angebracht, diesmal richtig gut befestigt.

Die Tafel passt sehr gut ans Rathaus. Sie erinnert daran, dass Lichtenhagen für immer ein Teil der Rostocker Geschichte sein wird, quasi auch eine offene Wunde, so lange es noch Rassismus in der Stadt gibt. Das mag nicht jeder gerne hören in Rostock, wo viele den Eindruck haben, dass man die Rostocker Bevölkerung unverdient auf die Anklagebank setzt; viele Menschen in Lichtenhagen fühlen sich stigmatisiert. Cornelia Kerth von der VVN-BdA sagte 2012: „Viele Einheimische bedauern mehr, dass die Bilder von 1992 aus ihrer Heimat stammen, als dass sie die Anschläge selbst bedauern." Die Tafel am Rathaus soll uns stetig daran erinnern, dass Lichtenhagen 92 **unsere** Geschichte ist, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, aus der wir alle lernen müssen.
Die Tafel am Rathaus erinnert aber auch an das Versagen der Politik, damals wie heute. Noch immer wird Antifaschismus viel zu oft kriminalisiert. Vor 10 Jahren diffamierte Innenminister Lorenz Caffier die Rostocker Demo als linksextremistisch, während er in seiner Amtszeit rechtsextreme Strukturen in den Sicherheitsorganen duldete. Die Tafel am Rathaus ist also immer auch Stachel im Fleisch der Politik; jede Person die das Rathaus durch diesen Eingang betritt, kann hier lesen, dass sie die historische Verpflichtung hat, zu verhindern, dass sich Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen.
Das ist doch eine gute Sache, vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Carsten Penzlin, 21.8.2022 (Herzlichen Dank an Maren Haase für wertvolle Informationen)

Verfassungsschutzbericht 2021: Wenig überraschend und lückenhaft

Zur Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichtes 2021 erklärt Michael Noetzel: „Der Bericht offenbart wenig Überraschendes, die extreme Rechte ist nach wie vor die größte Gefahr für die Demokratie und für ein friedliches Zusammenleben. Ins Auge fallen allerdings auch Lücken im Bericht. So finden sich keine Ausführungen etwa zum terrorbefürwortenden Netzwerk von Combat 18, obwohl dieses nach dem bundesweiten Verbot im Januar 2021 weiter in Mecklenburg-Vorpommern aktiv gewesen sein soll. Nachdenklich muss zudem stimmen, dass der Bericht wenig bis nichts zur Jungen Alternative und dem scheinaufgelösten Flügel der AfD sagt, dessen Federn selbst im Landtag herumflattern.
Nach jahrelangen Relativierungen im ehemals schwarz geführten Innenministerium erhält das Nordkreuz-Netzwerk endlich mehr Aufmerksamkeit. Es ist auch zu begrüßen, dass die Landespolizei – in deren Reihen sich Nordkreuz-Mitglieder tummelten – aktiv an der Aufdeckung gearbeitet hat. An dieser Stelle wären jedoch die Erkenntnisse des Landesverfassungsschutzes deutlich interessanter, zu denen der Bericht wenig bis nichts sagt. Was war zu welchem Zeitpunkt zum Nordkreuz-Netzwerk bekannt? Was hat der Geheimdienst mit diesen Informationen gemacht? Es verwundert schon, dass mehr als die Hälfte der Personen, die dem Linksextremismus zugerechnet werden, den Stempel ‚gewaltbereit' aufgedrückt bekommt, während dies gerade mal für mehr als ein Drittel der ausgemachten Rechtsextremisten gelten soll. Sowohl die bundesweit mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 als auch die jährlichen Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität sprechen eine andere Sprache. Zwar erschüttern rechte Gewalttaten und rechtsterroristische Anschläge jedes Mal erneut, sie überraschen jedoch nicht. Die tödliche Dimension von rechts ist fest in der Ideologie der Neonazis verankert. Der VS sollte dies deutlich ernster nehmen und nicht versuchen, Gefahrenpotenziale durch Zahlenspielereien zu relativieren."

ZU INA LATENDORFS LANDPARTIE 2022

Es gab nur einen Regentag in dem Zeitraum und der fiel natürlich auf den Abschluss der Landpartie am 05.08.2022 in Sanitz. Schade, aber die Schauer waren zumindest ein wenig gut für Garten, Feld und Flur. Unser Treffen mit Ina, der Abgeordneten aus dem Bundestag, mit Vanessa als unserer Landesvorsitzenden, Michael aus dem Landtag und dem Mitarbeiter Felix wurde im Garten vorbereitet. Stühle und Interessenten gab es ausreichend. Selbstgemachtes Chutney, Nudel- und Kartoffelsalat aus eigener Produktion, Wurst und Wein, viel, viel Wasser und eine fragefreudige Runde unserer Genossen und Sympathisanten. Schnell waren wir bei den Themen, die unsere Bürger interessierten. Die Diskussionen über die zu erwartenden Energieengpässe und das Thema „Tafel“. In Sanitz versorgen z.B. seit 18 Jahren fünf ehrenamtliche Mitarbeiter ca. 150 Personen des Ortes und anliegender Gemeinden mit Lebensmitteln. Einem „Zubrot“ zu ihrem wöchentlichen notwendigen Bedarf.

Trotz einem enormen Engagement aller Helfer – die Probleme tragen die Tafeln allein, denn die Politik hält sich da raus. Ina kennt diese Problematik, aber wie bei so vielen Dingen, die unsere Fraktions-Mitglieder in den Ausschüssen des Bundestages ansprechen, werden sie auf die lange Bank geschoben oder nicht behandelt. Also werde ich auch in diesem Jahr am 15. Dezember, dem Tag der ersten Ausgabe, mit einem Präsent unserer Tafel Dank sagen.

Unsere Landesvorsitzende Vanessa spürte hautnah die Probleme, die eine recht kleine Parteigruppe in unserem Ort hat. Sie sagte auch vor den nächsten Wahlen Hilfe mit jungen Genossinnen und Genossen zu, die dann die Briefkästen und Plakate „betreuen“ werden. Danke auch für Deine Hilfe mit den vielen Handreichungen an diesem Abend, denn Vanessa saß am Tisch mit dem „Nachschub“.

Michael kennen wir seit sieben Jahren, als er noch in der Robe des Rechtsanwaltes einen der ersten Prozesse wegen Brandstiftung als Nebenkläger für unsere Asylbewerber auftrat, die dann zur ersten Verurteilung der Täter in Deutschland führte. Auch heute sind Flüchtlinge aus der Ukraine, Afghanistan und anderen Ländern ein Thema in der Gemeinde. Michael Noetzel interessierte, wie die Bereitschaft unserer vier Mitglieder in der Gemeindevertretung und die der berufenen Bürger für eine erneute Kandidatur für 2024 ist. Ein Lächeln huschte über die Gesichter, hatten wir uns doch über dieses Thema bereits vor Wochen unterhalten. Es wird auch in Zukunft eine ansehnliche Liste in Sanitz geben, die unter dem Logo „DIE LINKE“ kandidiert.

Felix zauberte aus dem Tourenwagen noch kleine Windmühlen und Kugelschreiber. Die Tücher zur Desinfektion politischer Seifenblasen der Opposition lieferte er auch gleich mit.

Liebe Ina, Vanessa, Michael und Felix – die anstrengenden 14 Tage Landpartie sahen wir Euch nicht an. Wir bedanken uns für den interessanten, informativen und heiteren Abend in geselliger Runde!

Barbara Kirchhainer
BO Sanitz

PARLAMENTARISCHE SOMMERPAUSE HEISST NICHT PAUSE FÜR LINKE AKTION

Mit diesem Vorsatz begann die Planung für meine Sommerpause vom Parlamentsbetrieb im Bundestag. Die Idee: Bundestag, Landtag, Landesverband und die Genossinnen und Genossen vor Ort müssen gemeinsam mit linken Themen sichtbar sein. Aber wie, war die Frage? Der Gedanke durch den Landkreis Rostock und Nordwestmecklenburg zu touren war schnell geboren. Der Plan wurde konkreter und am Ende stand eine Tour, auf der mit vereinten Kräften in zwei Wochen 22 Orte besucht werden sollten. Die Organisation der „Landpartie“ konnte beginnen.

Gesagt getan! Felix Baumerts Telefon glühte: Plan gemacht, in der Landtagsfraktion vorgestellt und für die Idee gewonnen, BOs angerufen, Mails geschrieben, Auto gemietet, „Energiewürfel“ (mit 4 mal 4 Meter ein echter Hingucker) aus Sachsen geliehen, Stände beantragt, Teilnehmer koordiniert usw.

Die Themen Energiepreise und Inflation, die wir mit dem Energiewürfel angesprochen haben, waren und sind brandaktuell und die Menschen in den Orten waren sehr interessiert daran, darüber zu sprechen. Die Frage „Sind denn schon wieder Wahlen?“ fiel nicht selten, ob in Neubukow, Kühlungsborn, Schwaan oder Satow. Eigentlich ein Ansporn dafür, dass wir noch sichtbarer werden, auch in kleinen Städten und Gemeinden.

Die Sorge vor Kostensteigerungen für das normale Leben treibt fast jeden um. Wir klären auf, wer verdient dagegen gerade richtig viel in der Krise – u.a. Stromkonzerne ob E.on, RWE oder Vattenfall. Wir kritisieren die sogenannten Entlastungspakete – eher „Päckchen“ – der Bundesregierung, die nicht ansatzweise die Mehrbelastungen auffangen. Wir entlarven die Legende,

dass nicht **mehr** finanziert werden könnte, angesichts der Weigerung, den Profiteuren in die Tasche zu greifen und angesichts der bereitwilligen Finanzierung von Militär und Rüstung.

Wo es möglich war, gab es auch Kontakte zu den kommunalen Vertretern. Michael Noetzel hatte als Landtagsabgeordneter danach häufig viele Punkte auf dem „Hausaufgabenzettel“, z.B. zur kommunalen Finanzausstattung für freiwillige und pflichtige Aufgaben oder das ewige Warten auf zugesagte Fördermittel.
Die Tour war mal wieder ein Beweis, dass Politik Spaß machen kann. Viele haben mitgewirkt und dafür ein herzliches Dankeschön an Felix, Tobi, Björn, Jürgen, Vanessa, Torsten, Michael, Christian und die vielen Mitglieder der BOs, die uns tatkräftig unterstützten (und auch mit Kaffee und Kuchen versorgten).
Die Sommerpause geht nun zu Ende. Am 4. September ist im Bundestag der Tag der Ein- und Ausblicke, d.h. Tag der offenen Tür. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen. Auf der Internetseite des Bundestages gibt es dazu nähere Informationen. Und wenn Ihr wissen wollt, was ich so in Berlin oder in MV tue, schaut auf meine Internetseite www.ina-latendorf.de

Eure Ina Latendorf, MdB
PS: Nach der Tour bin ich – inzwischen braun gebrannt – gefragt worden, wo ich denn im Urlaub war: Ich war auf Tour in MV!

Torsten Koplin, Michael Noetzel, Ina Latendorf und Felix Baumert

Ina mit Vanessa Müller

AUS DEM BUNDESTAG

ENERGIEKONZERNE ZUR KASSE BITTEN

Zahlreiche europäische Länder haben bereits eine Übergewinnsteuer eingeführt. Nachdem der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung bestätigte, dass eine Übergewinnsteuer auf rechtlicher Ebene in Deutschland möglich wäre, zeigt nun eine Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung wie diese hierzulande umgesetzt werden könnte. Bis lang fehlt Bunderegierung jedoch der politische Wille.

Warum braucht es eine Übergewinnsteuer?
Während viele Menschen in Deutschland nicht wissen, wie sie ihre Gasrechnung bezahlen sollen, machen Energiekonzerne wegen der gestiegenen Gaspreise Milliardengewinne. Eine Übergewinnsteuer ist das Gebot der Stunde für soziale Gerechtigkeit. Wenn nur ein Teil der Einnahmen aus der Übergewinnsteuer in einen Schutzschirm für kommunale Energieversorger investiert würde, könnte die Gasumlage gestrichen und so Millionen Menschen entlasten werden.

Wie wird die Übergewinnsteuer ermittelt?
Wenn man die Übergewinnsteuer nach dem deutschen Anteil am Umsatz aus den Konzerngewinnen berechnet, kann sich kein Konzern mit Gewinnverschiebung in Steueroasen aus der Affäre ziehen. Bei einem Steuersatz von 90 Prozent, wie ihn Spanien und Griechenland erheben, könnten hierzulande bis zu 102 Milliarden Euro im Jahr alleine im Energiesektor eingenommen werden. Mit dem Geld kann die kommunale Energieversorgung sichergestellt, Millionen Menschen entlastet und in Erneuerbare Energien investiert werden.

Wie viele europäische Länder haben bereits eine Übergewinnsteuer eingeführt?
Italien, Spanien, Griechenland, Großbritannien, Rumänien und Ungarn haben bereits die Übergewinnsteuer eingeführt.

Ist eine Übergewinnsteuer auch in Deutschland rechtlich möglich?
Ja, zu diesem Schluss kam der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung.

Kann mich eine Übergewinnsteuer vor einer hohen Gasrechnung und der Gasumlage schützen?
Ja, denn mit den Einnahmen aus der Übergewinnsteuer kann die Versorgung kommunaler Energieträger sichergestellt werden. Somit wäre die Gasumlage hinfällig. Zusätzlich wäre noch genug Geld vorhanden, um Menschen zu entlasten - vor allem alle Menschen, die die Preissteigerungen am härtesten treffen und von der Bundesregierung gerade erheblich im Stich gelassen werden.

Was kann ich tun, damit die Übergewinnsteuer eingeführt wird?
Jetzt ist es wichtig, Druck auf die Bundesregierung zu machen. Wir sagen: Es reicht! Schluss mit der Politik der sozialen Kälte. Wenn diese Bundesregierung ohne Druck nicht sozial funktioniert, dann werden wir ihr diesen Druck geben. Diese Bundesregierung kann sich auf einen heißen Herbst einstellen!

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 24.8.

Am 24. August tagte die Rostocker Bürgerschaft unter sehr warmen Bedingungen im Rathaus. Die Präsidentin Regine Lück begrüßte die Anwesenden und leitete zur Bürgerfragestunde über.

Am Schmarler Graben e.V.

Sieghard Buchberger vom Wassersportverein „Am Schmarler Graben“ e.V. teilte der Bürgerschaft in seiner Rede mit, dass dem Verein von der Parkhaus Gesellschaft GmbH, einer WIRO-Tochtergesellschaft, der Mietvertrag zum 31.12.2022 gekündigt wurde. Es wurde jedoch ein neuer Mietvertrag angeboten welcher die derzeitige Miete für die 70 Wasserliegeplätze von 23.184€ auf 69.190€ erhöht.
Daher hat Herr Buchberger im Juni dieses Jahr allen Fraktionen einen Brief über das Problem geschrieben. Er erhofft sich Hilfe von der Stadt und der Bürgerschaft, denn im Jahr 2001 ging es schon mal um den Verein und die alte Steganlage, die für die IGA weichen musste. So bekamen sie vom damaligen Oberbürgermeister Arno Pöker (SPD) die mündliche Zusage am selben Ort und zu denselben Bedingungen, auch nach der IGA, mit ihren Booten liegen zu können. Es ist diese mündliche Zusage, auf die sich die Vereinsmitglieder bis heute berufen.
Christian Albrecht unterstützt das Anliegen des Vereins. Auch war er persönlich im Verein vor Ort und konnte sich mit den Mitgliedern austauschen. Er kann aber auch die WIRO verstehen, da Regularien des Betriebes es untersagen eine Anlage defizitär zu betreiben und er hoffe, dass das von Senator Matthäus angestrebte Treffen eine Lösung finden wird, so dass die Preissteigerung nicht in voller Höhe an den Verein weitergereicht wird.
Herr Matthäus kündigte an, dass sie sich gemeinsam hinsetzen und reden werden. „Dann gucken wir uns die Akten an, wir gucken uns die Zahlen an und dann schauen wir mal“, so der Senator weiter. Denn wir als Stadt haben auch eine Verantwortung gegenüber unseren Gesellschaften wie die WIRO und der Parkhausgesellschaft, die eine 100%ige Tochter der WIRO ist. Daher will Herr Matthäus auch das Hafenamt, den Finanzsenator, die WIRO und die Parkhausgesellschaft an einen Tisch holen und auch dabei nachschauen, in welcher Form Verpflichtungen für die Stadt verschriftlicht sind.

Nachmeinung zur Nachfrage

Als nächster Redner der Fragestunde kam Jens Kaufmann zu Wort. Dieser war mit der Antwort des Senators Steffen Bockhahn aus der letzten Bürgerschaftssitzung unglücklich. In dieser stellte Anja Lues ihre Idee vor, wie wir die Beendigung der „Corona-Angst- und -Panikpolitik“ einleiten und nach ihrer Ansicht Gerechtigkeit walten lassen können. Aufgrund der kruden Methoden der Bewegung merkte Senator Bockhahn damals an, dass dies keine Art sei, einen Dialog zu beginnen oder gar zu führen.
Der 56 Jahre alte Neu-Rostocker Kaufmann zeigte sich pikiert von dieser Aussage, und kürzte die komplette Aussage des Senators in seiner Rede so ein, dass es zu seinem Weltbild und seinen Argumentationen passe. Die Rede war mit persönlichen Empfindungen und Gefühlen angereichert; er fühle sich durch Senator Bockhahn ausgegrenzt. Daher sei es für Kaufmann eine folgerichtige Lösung, selbst als Bürgermeisterkandidat bei den kommenden Wahlen anzutreten, um „Frieden und Dialog zwischen den Menschen“ zu stärken.
Steffen Bockhahn trat ans Mikrofon und erklärte nochmal den Zusammenhang. Der Eindruck der Ausgrenzung ist der persönliche von Herrn Kaufmann und nicht aller dieser Stadt. Des weiteren machte er darauf aufmerksam, dass durch das Weglassen von Informationen und das Rauspikken einzelner Sätze aus dem Zusammenhang auch kein Dialog stattfinden kann.
Auch habe Herr Kaufmann in seiner Rede vergessen zu erwähnen, dass er sich in Telegramgruppen groß gefeiert hat, weil er sämtliche Schulleiter und diverse Lehrerinnen und Lehrer mit Strafanzeige überzogen hat, weil diese sich entschlossen haben, das was in dieser Republik durch gewählte Regierungen beschlossen worden ist, umzusetzen. So wie es besonders für die verbeamteten Mitarbeiter auch Pflicht ist. „Das müsse ihm nicht gefallen“, so Bockhahn, aber anstatt gegen die Verordnung vorzugehen, ging Herr Kaufmann strafrechtlich gegen einzelne Menschen vor. Und das ist nun seine Art des angebotenen Dialogs, aber nicht die vom Senator und dazu steht er auch. Bockhahn führte weiter aus, dass er sich jetzt auch sein IPad nehmen könne, um ganz viele Beiträge aus Kaufmanns Telegramgruppen zu zitieren, die dann gar nicht so friedensbewegt sind. Er selbst habe den Dialog mit Bockhahn ausgeschlossen, indem er ihn aus zwei von Kaufmann administrierten Gruppen ausgeschlossen habe. „Da weiß ich jetzt nicht, wo da die Dialogbereitschaft ist.“ Bockhahn findet es gelinde gesagt, witzig. Und wenn er am Donnerstag über den neuen Markt geht und vom Kaufmann und den anderen Demonstranten auf übelste angebrüllt und angepöbelt wird, dann ist das ganz viel, aber keine Einladung zum Dialog. Daher bleibt er dabei: an solcher Form einer Auseinandersetzung habe er kein Interesse. Die Bürgerschaft unterstützte die Aussage des Senators durch lautes Klopfen.

Wahlen und Bestellungen

Die Bürgerschaftspräsidentin ging nach der Antwort zur Tagesordnung über und informierte über die kommenden Veranstaltungen zu dem Pogrom von Lichtenhagen 1992. Die Stadt und ihre Partner haben unterschiedlichste Programme zusammengestellt. Im Namen aller Mitglieder der Bürgerschaft bedankte sie sich auf das Herzlichste.
Nun ging die Bürgerschaft zu den Wahlen über. Gewählt wurde die neue Senatorin für Infrastruktur, Umwelt und Bau (Besoldungsgruppe B 3 mit 8192,20€ monatlich). Insgesamt gingen 5 Bewerbungen ein. Aus der Sicht der Verwaltung erfüllten 4 Bewerber die formellen Voraussetzungen für eine Wahl. Übrig geblieben ist der Wahlvorschlag der Grünen, Frau Dr. Ute Fischer-Gäde, die derzeitige Leiterin des Amtes für Stadtgrün mit über 200 Mitarbeiter*innen. Als Mitglied der Bürgerschaft konnte man im Vorfeld in der Personalabteilung die Bewerbungen anschauen und die Bewerber*innen in die Fraktionen einladen und Fragen stellen. Und so Eignung, die Befähigung und Sachkunde des Bewerbers prüfen. Die Kandidatin stellte sich in ihrer Rede vor. Sie sprach die Stichworte Infrastruktur, Umwelt, Bau, Mobilität, Umwelt, Soziale Freiräume, Klimaschutz, Energie, Wärme und Wohnen an und möchte mit ihrem Wirken eine Wende einleiten. Diese sehe sie als enorme aber schaffbare Herausforderung an und sie sei optimistisch, dass dies klappen kann. Sie bezeichnete die Leitlinien als gut für Rostock und sehe ihre primäre Aufgabe darin die Stadt grüner zu machen. Dafür sei anderes Denken

und neues Handeln für Alle in der Stadt wichtig. Wir sind kompetent und gut aufgestellt.
Als Senatorin will Frau Fischer-Gäde für gute Kommunikation zwischen den Beteiligten der Stadt und eine gute und schnelle Verwaltung einstehen. Die Bürgerschaftssitzung wurde dann für die geheime Wahl unterbrochen. Das Abstimmungsergebnis las unsere Präsidentin vor: Es wurden 49 Wahlscheine ausgegeben, 49 kamen zurück. Mit „Ja“ stimmten 27 Abgeordnete. Mit „Nein“ stimmten 19 und drei enthielten sich.
Mehr als die Hälfte der Bürgerschaft hat sie damit gewählt und Regine wünschte ihr Freude bei der Lösung der neuen Aufgaben.
Im Anschluss waren die Nach- und Neuwahlen für die Ausschüsse dran. So wurde für unsere Partei der Genosse Thomas Koepcke als Stellvertretendes Mitglied in den Personalausschuss der Hansestadt gewählt und übernahm damit das Mandat von Olaf Groth.

Anträge

Der Ortsbeirat KTV beantragte die Errichtung von Pfandsammelstellen auf den Schulhöfen der Werner-Lindemann-Grundschule, der Borwinschule und der Grundschule am Margaretenplatz. In der Stellungnahme der Verwaltung, welche nach einer gemeinsamen Begehung mit dem Ortsbeirat verfasst wurde, wurde nochmal bekräftigt, dass die Flächen des Ortsteils immer stark verdreckt sind und dass das Aufstellen von Containern als Pilotprojekt unterstützt werden kann. Der Antrag wurde angenommen.
Ein fraktionsübergreifender Antrag beinhaltete die Übertragung von Entscheidungen auf den Hauptausschuss im Fall pandemiebedingter Einschränkungen. Sollten Präsenzsitzungen der Bürgerschaft aufgrund von Gesetzen oder Landesverordnungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nicht mehr zulässig sein, überträgt die Bürgerschaft alle Entscheidungen, die keinen zeitlichen Aufschub dulden, mit diesem Antrag auf den Hauptausschuss. Hierfür ist eine 2/3 Mehrheit der Bürgerschaft nötig. In der Abstimmung stimmten 41 dafür, 6 dagegen und es gab eine Enthaltung.
Zu guter Letzt noch eine Beschlussvorlage. In der Vorlage heißt es: „Die Bürgerschaft befürwortet die Mitgliedschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Verein „Astronomische Uhr von 1472 e.V.“. Im Oktober 2021 wurde seitens der Kultusministerkonferenz der Länder der Antrag auf Zuerkennung des Status als UNESCO-Weltkulturerbe für die Astronomische Uhr in St.-Marien Rostock angenommen. Das weitere Prüfverfahren für die Aufnahme in die Tentativliste der Bundesrepublik Deutschland läuft gegenwärtig. Mit der Gründung des eingetragenen gemeinnützigen Vereins am 12.05.2022 wird die Arbeit des bisherigen Initiativkreises Astronomische Uhr Rostock (Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Universität Rostock, Ev.-Lutherische Landeskirche) auf ein neues rechtliches Fundament gestellt, um die im Rahmen des Bewerbungsverfahrens für das UNESCO Welterbe im Zusammenhang stehenden erforderlichen Maßnahmen unterstützen und absichern zu können.
Im September 2022 wird ein Expertengremium die Astronomische Uhr besichtigen. Die Inaussichtstellung der Mitgliedschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist für das weitere Bewerbungsverfahren ein wichtiges Signal.
Ziele des Vereins sind die Unterstützung des Antrags auf Zuerkennung des Status als UNESCO-Weltkulturerbe für die Astronomische Uhr in der St.-Marienkirche, die bessere Bekanntmachung der Astronomischen Uhr in der Öffentlichkeit, sowie die konstruktive Begleitung der Maßnahmen zur Erhaltung der Astronomischen Uhr. Mit dem Bekenntnis zum Beitritt unterstützt die Hanse-und Universitätsstadt Rostock diese wichtigen Ziele und sichert eine kontinuierliche Förderung. Der Antrag wurde angenommen. *Martin Raspe*

Mobilität muss für alle bezahlbar sein!

Das Neun-Euro-Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr läuft bald aus und noch gibt es keine Anschlusslösung. Dabei drohen nun regional sogar Erhöhungen über das Niveau vor der Aktion hinaus. Das wollen wir nicht hinnehmen. ÖPNV ist für viele Menschen täglicher Bedarf und alle sollten sich Mobilität leiten können.
Auch die Verkehrsminister der Länder fordern den Bund auf, „zeitnah“ einen tragfähigen und nachhaltigen Vorschlag für Nachfolgeregelungen vorzulegen. So lautet ein Beschluss der Sonder-Verkehrsministerkonferenz. Amira Mohamed Ali, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fordert: „Mobilität muss für alle bezahlbar sein! Deswegen muss das Neun-Euro-Ticket bis Ende des Jahres verlängert werden. Danach brauchen wir dauerhaft ein Ein-Euro-pro-Tag-Ticket.“
Bernd Riexinger, Sprecher für nachhaltige Mobilität der Fraktion erklärt: „Dass es keine Einigung zur Nachfolge für ein Neun-Euro-Ticket gibt, ist eine weitere vertane Chance und konfrontiert viele Pendlerinnen und Pendler ab nächster Woche mit teils kräftig steigenden Ticketpreisen. Es ist unfassbar und verantwortungslos, dass kurz vor Auslaufen der Maßnahme immer noch keine Idee auf dem Regierungstisch des Bundes liegt. Für uns ist klar: Der Bund muss die Regionalisierungsmittel deutlich aufstocken. Da stimmen wir den Landesverkehrsministern zu. Wir brauchen einen gut ausgebauten, kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr mit ausreichend und vernünftig bezahltem Personal. Leider passt die Gesamtsituation nur zu gut auch in das traurige Bild eines Bundesministeriums, das nicht mal in Ansätzen die Klimaziele der eigenen Regierung umsetzen will.
DIE LINKE fordert seit Langem einen kostengünstigen ÖPNV mit Perspektive zum Nulltarif. Mehrfach haben wir in den letzten Monaten im Bundestag beantragt, das Neun-Euro-Ticket zumindest bis Ende des Jahres fortzuführen und die Zeit bis dahin zu nutzen, um eine tragfähige sowie dauerhafte Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs zu finden. „

KLAUSUR DER LANDTAGSFRAKTION

Menschen die Existenzängste nehmen – wirksame Unterstützung leisten

Zum Tagesordnungspunkt „Bezahlbarkeit von Energie und Energiesicherheit“ auf der Klausur der Linksfraktion in Ivenack erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Nichts beschäftigt und sorgt gegenwärtig die Menschen so sehr wie die rasant steigenden Kosten für Energie und Lebenshaltung. Arme Menschen in Grundsicherung, Alleinerziehende, Studierende, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sind ungleich stärker belastet. Um den sozialen Frieden nicht weiter zu gefährden, ist es unerlässlich, den Menschen ihre Existenzängste zu nehmen. Sie müssen sicher sein, dass sie weder ihre Wohnung verlieren noch ihnen Heizung und Strom abgestellt wird, weil das Geld nicht mehr reicht, um fundamentale Grundbedürfnisse, Miete und Energie zahlen zu können.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen so stabilisiert und ausgebaut werden, dass sie auch tatsächlich wirken. Die Grundsicherung sollte deshalb um 200 Euro monatlich aufgestockt, der Zugang erleichtert werden. Das Kindergeld und der Unterhaltsvorschuss müssen deutlich steigen und die schon lange diskutierte eigenständige Kindergrundsicherung muss endlich eingeführt werden.

Bis die angekündigte Wohngeldreform ab 2023 greift, muss im Herbst eine erneute Einmalzahlung die Heizkosten abfedern. Gebraucht werden zudem Moratorien, die Gas- und Stromsperren sowie Wohnraumkündigungen verhindern, sowie ein Schutzschirm für Energie-Grundversorger wie Stadtwerke. Zu prüfen ist außerdem ein Preisdeckel bei Strom und Heizenergie für ein Grundkontingent für Privathaushalte. Rentnerinnen und Rentner, Studierende und sonstige Personengruppen, die bislang von der Energiepauschale ausgespart wurden, brauchen ebenfalls Entlastung.

Neben den Unterstützungspaketen, die der Bund liefern muss, sollte Mecklenburg-Vorpommern weitere Landeshilfen prüfen, um Menschen vor Überschuldung und örtliche Energieversorger vor massiven Zahlungsausfällen zu schützen. Zwingend erforderlich ist es zudem, dass soziale und soziokulturelle Einrichtungen wie beispielsweise Nachbarschaftstreffs, Stadtteilzentren und die Tafeln weiterhin ihre ungemein Halt gebende und unterstützende Arbeit leisten können.“

Armut sichtbar machen und bekämpfen – das ist unsere Aufgabe!

Das Thema Armut stand im Mittelpunkt der Klausurtagung der Linksfraktion in Ivenack. Die Soziologin Amelie Hanck hat ihre Studie „Arm sein, wo andere Urlaub machen“ vorgestellt. Mit Dr. André Knabe vom Rostokker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis wurden Lösungsansätze diskutiert. Dazu erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Steffi Pulz-Debler:

„Ein Schwerpunkt meiner Fraktion ist und bleibt, die Armut im Land sichtbar zu machen und zu bekämpfen. Wir danken Frau Hanck für die Erarbeitung der Studie und Dr. Knabe für die wissenschaftliche Begleitung sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Herausgabe dieser wichtigen und längst überfälligen Studie für Mecklenburg-Vorpommern. Sie beleuchtet unter anderem, welche Formen der Armut in Mecklenburg-Vorpommern auftreten, wer davon betroffen ist und wie sie bekämpft werden kann.

Die Studie bestätigt unter anderem die jahrelange Forderung meiner Fraktion nach einer Armuts- bzw. Sozialberichterstattung. Um gezielt gegensteuern zu können, brauchen wir die entsprechenden Informationen! Zudem geht daraus hervor, dass eine eingeschränkte Mobilität insbesondere für arme Menschen im ländlichen Raum drastische Folgen hat. Sie sind von Teilhabe ausgeschlossen, können Arztbesuche, den Einkauf oder Kultur- und Bildungsangebote nur unzureichend wahrnehmen. Die Strategie der Zentralisierung von Angeboten der Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung, erweist sich als ausgesprochen kontraproduktiv! Daher setzen wir uns auch weiterhin für den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Angebote ein.

Beim Kampf gegen Armut spielt Bildung eine Schlüsselrolle. Daher werden wir die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger, die ohne Abschluss die Schule verlassen, senken und die Bedingungen für die Schulausbildung weiter verbessern. Denn Bildung ist der wesentliche Faktor für die berufliche Zukunft und die Lebenschancen der jungen Menschen im Land.

Auch Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne als weitere zentrale Armutsursachen müssen konsequent abgebaut werden. Doch Versäumnisse bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes haben diese Probleme verfestigt.

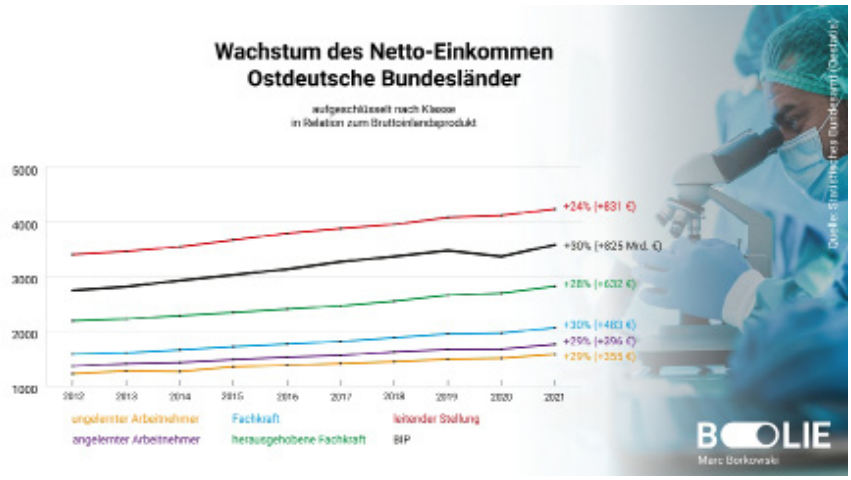
In Mecklenburg-Vorpommern sind noch immer zu viele Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, trotz des gravierenden Fachkräftemangels. Für diese Menschen sind weiterhin regionalisierte Fördermaßnahmen erforderlich, die den Einstieg in eine existenzsichernde Beschäftigung ermöglichen. Dafür setzt sich meine Fraktion in der Regierungskoalition intensiv ein.

In Mecklenburg-Vorpommern werden bundesweit nach wie vor die geringsten Löhne gezahlt, ein Fakt, der viel zu lange als vermeintlicher Standortvorteil verkauft wurde. Für die Menschen im Land hat sich

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
So., 11.9., 14.00 Uhr	Rosengarten	Gedenken an die Opfer des Faschismus
Mo., 12.9., 18.00 Uhr	Zwischenbau Rostock Südstadt	Mitgliedertreffen der Rostocker Linken
Fr., 16.9., 14-19 Uhr	IGA-Park	Rostock ist bunt (Städtische Veranstaltung für alle Bürger)
Sa., 22.11., 11.00 Uhr	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21	Veranstaltung der VVN-BdA über Ernst Thälmann

dadurch das Risiko, in Armut zu rutschen, ungleich erhöht. Um das Lohnniveau im Land zu steigern, ist es zwingend notwendig, dass deutlich mehr Unternehmen Tariflöhne zahlen. Mit der Novellierung des Landesvergabegesetzes wird die rot-rote Landesregierung notwendige Impulse geben, um die Tarifbindung zu erhöhen. Dazu wird die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Zahlung von Tariflöhnen gekoppelt. Das ist zugleich ein deutliches Signal an alle Unternehmen, auch unabhängig von öffentlichen Aufträgen Tariflöhne zu zahlen. Mecklenburg-Vorpommern als attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsstandort geht nur mit guten Löhnen!“



Höhere Löhne sind das Gebot der Stunde

Zu den Daten des statistischen Bundesamtes über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und den aktuellen Berechnungen des WSI zur Lohnentwicklung sagt Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

„Die Zahlen zeigen, dass die Wirtschaftsleistung steigt, während die Reallöhne sinken. Das bedeutet, dass die Profite der Konzerne auf Kosten der Löhne wachsen. In der Krise werden Profite gemacht. Auch, weil die Beschäftigten einen immer kleiner werdenden Anteil abbekommen.

Die privaten Konsumausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,2 Prozent. Das zeigt ganz deutlich: Es ist die inländische Nachfrage, die heute die ökonomische Entwicklung trägt. Gleichzeitig sind die Reallöhne im ersten Halbjahr 2022 trotz Tariferhöhungen um 3,6 Prozent zurückgegangen. Das widerlegt das Gerede vom kollektiven ‚Gürtel enger schnallen‘ und die Panikmache vor einer ‚Lohn-Preis-Spirale‘.

Zurückhaltung bei den Löhnen zu fordern, ist vollkommen falsch. Eine Umverteilung ist dringend notwendig, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Wir unterstützen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften im Kampf um gute Lohnabschlüsse, die über der Inflationsrate liegen.“

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstraße 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Sommerabgesang
(von Janina Niemann-Rich)

Herbstlaubwind
buntes Rascheln

Haikunde *(von Jürgen Riedel)*

Tigerhai: ein Papiertiger
Weißer Hai: weiß-unschuldig
verglichen mit
Miethai: gemieden von ihm
bernsteinwertvolle Menschlichkeit
nimmersattgefressen
am Geld seiner wogenvielen Opfer

Soziale Räumlichkeiten
(von Jürgen Riedel)

Suppenküche
Wärmestube
Kleiderkammer
klagen stumm wie Mauerstein an:
Politik ist
versalzen eisig fadenscheinig

AUS DEM LANDKREIS

„OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG“

- Wärmehallen - Krieg - Frieden - Winterelend -

Guten Tag, aber wie lange haben wir noch gute Tage?
Ich sehe Deutschland auf einen Abgrund zurasen, einen Abgrund, der unsere Wirtschaft und unseren sozialen Frieden zerreißen wird.
Als Bürgermeister der Stadt Bad Doberan lehne ich es persönlich ab, Wärmehallen für die frierende Bevölkerung zu planen oder weitergehende Notfallpläne zu entwickeln. Sollte es wirklich soweit kommen, wird unsere Wirtschaft aufgrund mangelnder Energieversorgung zusammen- und unsere Gesellschaft auseinanderbrechen.
Wärmehallen sind keine Option sondern der Zusammenbruch!
Fahrt endlich alle Atom- und Kohlekraftwerke zeitlich befristet wieder hoch.
Sollte die Gasversorgung ausfallen, werden die Menschen in ihrer Verzweiflung mit ihren Backöfen und Kochplatten heizen. Das ist nicht vorstellbar? Das war der russische Angriffskrieg auch nicht. Sollen unsere Kinder ein drittes Jahr in den Schulen wieder frieren? Wie gehen wir mit den Kindern, das Wertvollste was wir haben, eigentlich um?
Es wird nur über Krieg und kaum über Frieden gesprochen. Nach unendlichem Leid und tausenden Toten muss es endlich auf höchster Ebene zu Friedensverhandlungen kommen.
Putin ist ein Kriegstreiber, aber diese Erkenntnis bringt uns den Frieden nicht näher. Es muss mit ihm verhandelt werden und das gesichtswahrend für alle Seiten.
Helfen die Sanktionen gegen Russland den Menschen in der Ukraine wirklich? Führen sie zur Beendigung des Krieges oder schaden sie nicht eher den Menschen weltweit mit Lebensmittel- und Energieknappheit? Sind die Sanktionen vielleicht Ausdruck unserer eigenen Hilflosigkeit, weil wir nicht wissen, wie wir sonst helfen und handeln sollen?
Informiert uns ehrlich und transparent über die Lage, ihr seid „Angestellte“ des Volkes. Der Amtseid der Bundesminister lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widme“. Handelt bitte so, jetzt und sofort!

Herzlichen Grüße und mit Hoffnung

Jochen Arenz
Bürgermeister Stadt Bad Doberan

LESERBRIEF

Die Glaubwürdigkeit in Regierungshandeln geht gegen Null. Die Regierenden haben ihren Amtseid gebrochen, der u.a. lautet: „... Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.“
Die Hörigkeit der Regierenden gegenüber den Interessen der USA geht soweit, dass sie uns grundlos in eine Energienotlage manövriert haben, deren Ausmaße wir nur ahnen können.
Politiker, die Probleme offen benennen und Lösungsvorschläge unterbreiten, werden medial niedergemacht.
* Waschlappen / * Wärmestuben / * dikke Pullover/
* hungern für den Frieden / * nur halbe Portionen essen –>
Diese Vorschläge sollten zuerst diejenigen praktisch vorleben, die sie unterbreitet haben! Mal sehen, wie lange sie durchhalten.
Vernünftig sind m.E. die Forderungen nach diplomatischen Friedensverhandlungen mit Russland, die Einstellungen aller Waffenlieferungen, die Beendigung der Sanktionen und die Öffnung von Nordstream 2.

Peter Hörnig; Dummerstorf

Up un Dal

Gewinner: Energiekonzerne, Rüstungsindustrie, Pharmaindustrie, Regierende
Verlierer: Die Glaubwürdigkeit im Regierungshandeln

MONATSZAHL

Im ersten Halbjahr 2022 starben 1238 Radfahrer*innen im Straßenverkehr. Auch DIE LINKE muss sich dafür einsetzen, dass Radverkehr in den Städten und auf dem Land sicherer wird.

MONATSZITAT

„Während Habeck, Kretschmann und Co. mit Gasumlage und Waschlappentipps die Menschen belasten und nerven, sprechen die Grünen hierzulande von ‚möglichen existenziellen Nöten‘. Offenbar haben die MV-Grünen den Ernst der Lage, welcher durch ihren Anteil in der Ampel sehr wesentlich zu verantworten ist, nicht begriffen! Dann hierzulande einen Sozialgipfel zu fordern, ist eine Frechheit die ihresgleichen sucht! Wie abgebrüht muss man eigentlich sein, um so zu agieren?“ Vanessa Müller & Peter Ritter

LYRIK

Was enthirnt ist
(von Jürgen Riedel)

Fehlt Politik das Herz:
das Soziale
wäre es kopflos
sie als demokratisch zu bezeichnen